

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der CDU/CSU

Vorstoß des Bundeskanzlers zur Lockerung der Kriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, um mehr Flexibilität bei der Neuverschuldung zu erhalten

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Meister, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute in der Aktuellen Stunde mit einem sehr ernstesten Thema, nämlich mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers zur Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, letztendlich mit dem Ziel, die unsolide Verschuldungspolitik dieser Bundesregierung zu legitimieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Folgen dieser ökonomisch unsinnigen Vorgehensweise werden unumkehrbar sein. Was wir jetzt tun, können wir nicht mehr rückgängig machen. Steigende Inflationsgefahr und sinkendes Wirtschaftswachstum im Euroraum werden die Konsequenzen sein.

Meine Damen und Herren, wir alle haben der deutschen Bevölkerung etwas in die Hand versprochen. Im Dezember 1992 wurden im Deutschen Bundestag wie auch im Bundesrat gleichlautende Erklärungen abgegeben – ich darf zitieren –:

Die künftige europäische Währung muss so stabil sein und bleiben wie die Deutsche Mark.

Deshalb hat Deutschland im Vertrag von Maastricht darauf geachtet, dass neben der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank Stabilitätskriterien für die Haushaltspolitiken der teilnehmenden Mitgliedstaaten vereinbart wurden. Uns allen war damals klar: Nur solide Staatsfinanzen in den einzelnen Mitgliedstaaten sichern dauerhaft Preisstabilität, moderate Zinsen und Wirtschaftswachstum im Euroraum. Deshalb haben Bundestag und Bundesrat versprochen – ich darf noch einmal zitieren –, „sich jedem Versuch zu widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind“ und „übermäßige Defizite zu vermeiden“. Das war ein Versprechen von uns allen hier im Saal und von den Mitgliedern des Bundesrates gegenüber der deutschen Bevölkerung. Jetzt soll dieses Versprechen gebrochen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit dem 1997 auf Drängen Deutschlands verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde dieses Versprechen durch ein institutionelles Regelwerk abgesichert, das vor einer expansiven Verschuldungspolitik schützen sollte. Ohne den Stabilitätspakt – das wissen wir alle hier im Saal – hätte es die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion und den Euro nie gegeben.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mit seinem Vorstoß opfert der Herr Bundeskanzler diesen Stabilitätspakt auf dem Altar der Beliebigkeit. Er setzt die Regelbindung dieses Pakts außer Kraft. Nach seinem Vorschlag wird es künftig keine Defizitverfahren mehr geben, keine europäischen Grenzen für die nationale Schuldenpolitik. Künftig lässt sich jegliche Verschuldung rechtfertigen. Sie haben damit, wie der Vizepräsident der Bundesbank gesagt hat, die Büchse der Pandora für eine Verschuldungspolitik geöffnet, die die Menschen in unserem Lande teuer zu stehen kommen wird: über eine höhere Inflation und erhebliche Wachstums- und Wohlstandseinbußen. Kein Wunder also, dass die Vertreter der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank sowie viele Sachverständige in der gestrigen Anhörung des Finanzausschusses die Vorschläge des Bundeskanzlers als grundfalsch abgelehnt haben.

Aber das ist es, was diese Bundesregierung will: Sie will einen Blankoscheck für eine noch höhere Staatsverschuldung ausgestellt bekommen. Sie haben 2002, 2003 und 2004 die in unserer Verfassung festgelegte Verschuldungsgrenze überschritten. Sie haben in diesen drei Jahren die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten, also europäisches Recht verletzt. In diesem Jahr wird es nach Meinung aller Experten nicht besser laufen. Der Bundesfinanzminister ist mit seiner

Dr. Michael Meister

- (A) Politik gescheitert. Das hat sein österreichischer Kollege am 18. Oktober des letzten Jahres in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ auf den Punkt gebracht – ich darf zitieren –:

Nicht der Stabilitätspakt hat versagt, sondern die Finanzpolitik in einigen Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich.

Recht hat er, der Herr Grassler.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

In der nationalen Haushaltspolitik werden die Fehler gemacht. Es gibt ein Problem nicht mit dem Pakt, sondern bezüglich der Einhaltung der Regeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, mit dem Versagen des Bundesfinanzministers haben Sie nicht nur national, sondern auch international das Vertrauen in eine solide deutsche Finanzpolitik verspielt.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ziemlicher Unsinn, den Sie da erzählen!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit zwei Irrtümern aufräumen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt biete nicht genügend Flexibilität, ist Ihre Behauptung. Diese Behauptung ist grundfalsch. Er ist kein Zwangskorsett. Wir können uns nach diesem Pakt jährlich 3 Prozent neue Schulden leisten; das sind bei unserem volkswirtschaftlichen Volumen 60 Milliarden Euro. 60 Milliarden Euro neue Schulden pro Jahr müssen ausreichen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten,

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist ohnehin zu viel!)

wenn man in konjunkturell guten Zeiten einen Haushaltsausgleich anstrebt. Sie aber geben das Ziel des Haushaltsausgleichs in konjunkturell guten Jahren auf. Das ist der Grundfehler Ihrer Politik. Da müssen wir etwas ändern. In konjunkturell guten Zeiten dürfen in Deutschland keine Schulden gemacht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ihr zweiter Irrtum besteht darin, dass Sie künstlich einen Gegensatz zwischen Wachstum und Konsolidierung konstruieren. Die Geschichte zeigt: Solidität in der Finanzpolitik und der Haushaltsführung ist die wesentliche Voraussetzung für inflationsfreies, dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum. Solide öffentliche Haushalte stärken das Vertrauen und erleichtern es Investoren und Konsumenten, langfristige Entscheidungen zu treffen. Ihr Verhalten führt in Deutschland zu Attentismus: Es wird nicht konsumiert und nicht investiert, weil alle Menschen wissen, dass Ihre Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Deshalb würden niedrige Defizitquoten, niedrige Schuldenquoten zu mehr Wachstum in diesem Land führen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege, Ihre fünf Minuten sind zu Ende.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Eigentlich hätte er gar nicht anfangen sollen!) (C)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Kehren Sie um und hören Sie auf, diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt wie einen Schweizer Käse zu durchlöchern!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Joachim Poß, SPD-Fraktion.

Joachim Poß (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meister, die finanzpolitische Position der Union ist pure Heuchelei.

(Beifall bei der SPD – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Nicht mit kräftigen Formulierungen ablenken! Zur Sache!)

Die Anhörung gestern im Finanzausschuss hat gezeigt, dass die von Ihnen vorgelegten Steuerreformkonzepte Löcher in zweistelliger Milliardenhöhe in die Haushalte reißen würden. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hätten Sie mal besser zugehört! – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Es sind immer andere schuld! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Er hat noch nie von dem Zusammenhang zwischen Steuersätzen und Steueraufkommen gehört!)

Ihre Vorschläge haben nicht nur gravierende konzeptionelle Mängel. Sie würden auch das Maastricht-Defizit um mindestens einen halben, wahrscheinlich um mehr als einen Prozentpunkt erhöhen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Warum blenden Sie denn die anderen Reformkonzepte aus?) (D)

Solche unfinanzierbaren massiven Steuerentlastungen immer wieder zu fordern

(Zuruf von der CDU/CSU: Reden Sie mal über die SPD!)

und gleichzeitig die Bundesregierung als Totengräber des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu bezeichnen, das ist dreist und heuchlerisch.

Sie haben jedes Recht verloren, sich hier als Wächter der öffentlichen Finanzen aufzuspielen. Denn Sie haben in den letzten Jahren umfassende Maßnahmen zum steuerlichen Subventionsabbau verhindert – zum Nachteil des Haushaltes des Bundes und der Haushalte der Länder und der Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren Blockierer. Sie haben die Sanierung der öffentlichen Haushalte verhindert.

Joachim Poß

- (A) (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie haben die Kohlesubventionen verlängert!)

Kehren Sie bitte zu einer sachlichen Betrachtung zurück!

Nach sechs Jahren Euro, einer lange andauernden Schwäche des wirtschaftlichen Wachstums in weiten Teilen Europas und daraus resultierenden hohen öffentlichen Defiziten ist es fachlich geradezu zwingend, die Anwendung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes neu zu justieren.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Schröders Hofnarr!)

Es gehört nämlich zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme, festzustellen, dass man sich bei der Konzeption des Paktes in den 90er-Jahren eine dreijährige Stagnation nicht vorstellen konnte.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das ist Ihr Horizont!)

Auch das ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt, dass die EU mittlerweile 25 Mitglieder umfasst. Auch das war damals nicht absehbar.

Es geht also nicht um eine Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Es geht darum, die in den letzten Jahren mit dem Pakt gemachten Erfahrungen auszuwerten.

- (B) Wir wollen, dass Europa eine Stabilitätsgemeinschaft bleibt,

(Zuruf von der FDP: Das stimmt doch gar nicht! – Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Genau das Gegenteil machen Sie! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mehr Schulden!)

und wir wollen, dass Europa wachstumsstärker wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist übrigens Konsens in der Europäischen Kommission und bei den europäischen Partnern. Es ist selbstverständlich, dass sich Deutschland hier mit konstruktiven Vorschlägen beteiligt. Die Vorschläge des Bundeskanzlers sind solche konstruktiven Vorschläge.

(Zuruf von der CDU/CSU: Zum Schuldenmachen!)

Diejenigen, die wie Sie bezogen auf den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt am liebsten alles beim Alten lassen würden, nehmen veränderte Realitäten nicht zur Kenntnis. Es funktioniert bekanntlich nicht alles nach dem Lehrbuch. Der ökonomische Verlauf der letzten Jahre hat Realitäten verändert.

Wer, wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank, das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft fast ausschließlich von der Situation der öffentlichen Haushalte abhängig macht, greift theoretisch und empirisch zu kurz. Auch kurzfristig haushaltsbelastende Maßnahmen können Wirtschaftswachstum und Beschäftigung stärken und müssen deshalb möglich sein.

Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist nämlich kein Selbstzweck. Er ist unbestritten ein wichtiges Instrument zur Erreichung übergeordneter wirtschafts- und finanzpolitischer Ziele, zu denen auch die Intensivierung und Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland und Europa gehören. (C)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, verweigern sich einer vernünftigen Weiterentwicklung des Paktes. Sie wollen auch dieses Thema lediglich für parteipolitische Krawallmache nutzen. Dafür sind die Themen Stabilität und Wachstum aber zu ernst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarzmalerei, Chaosgesänge und dreiste Unterstellungen – daraus besteht seit Jahren die Finanzpolitik von Austermann und Merz. Sie, Herr Kollege Meister, fahren – ich sage: leider – in diesem Stil fort. Dabei bräuchte Deutschland gerade in der Haushalts- und Finanzpolitik eine Opposition, die zu konstruktiver Mitarbeit nicht nur bereit, sondern auch fähig ist.

(Otto Fricke [FDP]: Dann können Sie das ja demnächst machen!)

Ich habe den Eindruck, dass Sie weder die Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit zeigen noch die Fähigkeit dazu haben. Eine solche Opposition können wir uns in diesen schwierigen Zeiten wahrlich nicht leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Professor Dr. Andreas Pinkwart, FDP-Fraktion. (D)

Dr. Andreas Pinkwart (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Poß, Sie haben es wieder einmal verstanden, in Ihrer Rede überhaupt nicht auf Ihre eigene Verantwortung einzugehen, sondern bei den Konzepten anderer Zuflucht zu suchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich will einen Punkt ansprechen, der gestern Gegenstand der Beratungen im Haushaltsausschuss war, dort vom Bundesfinanzminister vorgetragen wurde und der über die konstruktive Mitarbeit der Opposition genau Auskunft gibt. Dabei geht es insbesondere um den Vorschlag meiner Fraktion, die im Haushalt 2005 für die Bundesagentur für Arbeit veranschlagten Mittel um 1 Milliarde Euro zu kürzen. Daraufhin haben Sie uns vorgeführt, indem Sie gesagt haben, Sie könnten unserem Vorschlag nicht zustimmen, weil es sich dabei angeblich um eine unsoziale Maßnahme handele. In seinem jetzt vorgelegten Abschluss für das Jahr 2004 hat aber der Bundesfinanzminister die Mittel für die Bundesagentur für Arbeit um genau 1 Milliarde Euro gekürzt, wie wir es ihm im Ausschuss vorgerechnet haben;

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: So ist es!)

Dr. Andreas Pinkwart

- (A) das ist unsere seriöse Politik. Sie jedoch wollen in Wahrheit gar nicht sparen; das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Sie verwechseln 2004 und 2005! Das ist ein Unterschied!)

Sie hatten dazu – das belegen die Fakten; darauf hat auch die EU-Kommission hingewiesen – genug Gelegenheit, und zwar auch in solchen Zeiten, in denen Sie mit dem Bundesrat hervorragend hätten verfahren können. Nun sind sechs Jahre vergangen. Nur in zwei Jahren haben Sie einen Beitrag zum Abbau des strukturellen Defizits geleistet. Das strukturelle Defizit betrug im vergangenen Jahr 3,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In diesem Jahr, also 2005, reicht die Verschuldung unseres Landes, obwohl der Bundeswirtschaftsminister seit Monaten einen konjunkturellen Aufschwung ankündigt, erneut an die 3-Prozent-Marke heran, wie Ihr Finanzminister sagt. Der Bundesbankpräsident gab gestern die Auskunft, dass die Verschuldung im Jahre 2005 sogar mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen wird.

(Zuruf von der SPD: Das hat er gar nicht gesagt! Was für Beweise haben Sie denn dafür? Sie müssen ehrlich bleiben!)

Bei wirtschaftlicher Normallage im Jahr 2004 mit einem Wachstum von 1,7 Prozent und bei wirtschaftlicher Normallage im Jahre 2005, die von Ihrer Regierung auch als solche benannt wird, reizen Sie die nach dem Maastricht-Vertrag maximal zulässige Verschuldungsbelastung voll aus bzw. überschreiten sie sogar. Das ist der Marsch in den Schuldenstaat, den wir – wie ich finde: zu Recht – kritisieren.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das lässt uns natürlich kaum noch Handlungsspielräume, vor allen Dingen dann nicht, wenn tatsächlich einmal ein konjunkturelles Gegensteuern notwendig wäre. Sämtliche stille Reserven werden von Ihnen aufgelöst; selbst vor den Goldreserven machen Sie nicht Halt. Alles wollen Sie infrage stellen. Nichts soll mehr übrig bleiben. Alles wird in dieser Legislaturperiode verbraten. Lasten werden, wie Sie es auch bei den Pensionsverpflichtungen getan haben, in die kommende Legislaturperiode verlagert, nur damit Sie jetzt nicht das, was für unser Land notwendig wäre, tun müssen: weitere Strukturereformen durchführen, damit der Arbeitsmarkt in Gang kommt und in diesem Land Wachstum entsteht. Nein, erneut machen Sie die Politik der ruhigen Hand, die schon in der letzten Legislaturperiode zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat, und Sie verfahren nach dem Motto „Wenn Realität und Regeln nicht zusammenpassen, werden die Regeln einfach angepasst“. Genau ein solches Verhalten schafft aber kein Vertrauen, sondern zerstört das Vertrauen in den Standort Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es ist schon bemerkenswert, was der Bundeskanzler in einer Wirtschaftszeitung an Überlegungen ausgebreitet hat, wie er sich das künftig vorstellt, nachdem doch

wir in Europa unsere deutsche Stabilitätskultur implementiert hatten. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja!)

Gestern haben Sie, Herr Poß, im Ausschuss erklärt, wie toll es doch sei, dass Europa sich zu einem Stabilitätsraum entwickelt habe. Dabei ist das doch genau darauf zurückzuführen, dass die anderen Länder durch diese strengen Stabilitätskriterien auf unseren Kurs verpflichtet worden sind.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Unseren alten Kurs! – Joachim Poß [SPD]: Schauen Sie sich einmal die Zahlen an!)

Sie können diesen Kurs nicht halten, weil Sie die politische Kraft dafür nicht haben, müssen deshalb jetzt mit denen in Europa nachsichtig sein, die diese Stabilitätskultur in Wahrheit schon damals gar nicht haben wollten, und versuchen, mit ihnen faule Kompromisse zu schmieden.

(Joachim Poß [SPD]: Ihre Aussagen sind durch die Entwicklung des Datenkranzes nicht gedeckt! Schauen Sie sich einmal die Zahlen seit 1985 an!)

Folgt man den Vorstellungen Ihres Bundeskanzlers – so haben angesehene volkswirtschaftliche Institute berechnet –, könnte in Zukunft selbst eine Neuverschuldung von über 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von der EU-Kommission nicht mehr sanktioniert werden!

(Zuruf von der SPD: Quatsch! – Joachim Poß [SPD]: Wie kommen Sie auf diese Zahlen? Wie haben Sie das ausgerechnet?) (D)

Das hieße, Sie wollen sich den Handlungsspielraum für die gesamtstaatliche Neuverschuldung – die mit gegenwärtig 80 Milliarden Euro ohnehin schon zu hoch liegt – auf 160 Milliarden Euro erweitern; so die Beurteilung der Volkswirtschaftsabteilungen führender national und international tätiger Banken.

Wenn es nach Herrn Chirac und Herrn Berlusconi ginge, wenn es nach den Kriterien ginge, die von ihnen derzeit angedacht werden, würde diese Rate auf über 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Das sind die Aufweichungen, die Sie wollen! Sie haben eben nicht die politische Kraft, hier im eigenen Land für das Volk und die nachfolgenden Generationen das Notwendige zu tun. Sie suchen jetzt nach einem – scheinbar – einfacheren Weg, nach einem Weg geringeren Widerstands. Wenn Sie diese Politik zu Ende führen könnten, würde das Ganze uns allen auf die Füße fallen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, auch Sie müssen zum Ende kommen.

Dr. Andreas Pinkwart (FDP):

Deswegen haben wir die Aktuelle Stunde: damit Sie diese Politik nicht mehr fortführen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die will doch nur wieder die Tabaksteuer erhöhen!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der Opposition! Ich finde es angemessen, dass Sie hier heute eine Aktuelle Stunde zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt angemeldet haben; das will ich ganz ausdrücklich feststellen.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Ihr wollt ja von Nachhaltigkeit nichts mehr wissen!)

Ich bin nur etwas erstaunt, dass Sie von der Opposition in den ersten beiden Redebeiträgen nicht die Fähigkeit hatten, zu der aktuellen Diskussion – „Wie soll der Pakt denn jetzt angewendet werden?“ – auch nur irgendeinen Vorschlag zu machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unsere Haltung ist gestern sehr deutlich geworden! – Gegenruf von der FDP: Da war sie nicht dabei!)

– Was Sie wollen, ist mit Ihren Beiträgen von eben nicht deutlich geworden. Das zeigt wieder: Sobald es schwierig wird in der Anwendung, verfallen Sie in Plattitüden. Das ist zu wenig.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will ausdrücklich sagen: Es ist richtig, Herr Dr. Pinkwart, dass wir eine schwierige Haushaltslage haben. Nun befinden wir uns in einer wirtschaftlichen Erholung und da darf man die Erwartung haben, dass die Haushaltspolitik wieder in ein besseres Fahrwasser kommt. Dass Sie als Opposition uns kritisieren und nicht zufrieden sein können, gehört zu unserem politischen Wettbewerb. Richtig ist aber auch – Sie haben gerade auf die Diskussion über den Arbeitsmarkt verwiesen –, dass ein Kollege von der großen Oppositionsfraktion, Herr Austermann, der ja in Schleswig-Holstein Wahlkampf macht,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der wird Ihre Falschaussagen gleich richtig stellen, Frau Hajduk!)

uns heuchlerisch dafür kritisiert hat, dass die Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsjahr 2004 1 Milliarde Euro weniger gebraucht hat. Das hat er uns sozialpolitisch angekreidet. Ich empfinde das als eine ziemliche Frechheit, da Sie sonst sozialabbauerisch gar nicht genug agieren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht, Frau Hajduk! Sie reißen das völlig aus dem Zusammenhang!)

Das ist widersprüchlich und zeigt Ihre Inkompetenz. Sie sind unfähig, ernsthafte sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Reformen durchzuführen. (C)

Herr Pinkwart, eingangs Ihres fünfminütigen Beitrags haben Sie gesagt, dass Sie von der FDP das anders gemacht hätten und dass Sie darauf hinweisen, dass dieser Haushaltsabschluss eine weitere Herabsetzung des Zuschusses für die Bundesanstalt rechtfertigen würde.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist nicht so, nein, nein!)

Ich will Ihnen sagen: Die Veranschlagung im Haushalt 2005 ist niedriger, sie beträgt nämlich nur noch 4 Milliarden Euro. Ich halte dies auch weiterhin für angemessen und wiederhole unsere Kritik an Ihnen, dass Sie sich bezogen auf die Verlässlichkeit des Haushaltes weiterhin in einem Widerspruch befinden.

Nun komme ich zur Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts,

(Zuruf von der CDU/CSU: Änderung oder Anpassung?)

weil ich diese Diskussion für wichtig halte. Die Europäische Kommission selbst spricht davon, dass es notwendig ist, diesen Pakt anzupassen und zu reformieren, um ihm mehr Legitimität und Kraft zu verleihen. Das kann an Ihnen doch nicht vorbeigehen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wo denn?)

Deswegen finde ich es gut und bin beruhigt, dass es in wesentlichen Punkten schnell zu einer Einigung zwischen den Finanzministern gekommen ist: Die Kriterien werden nicht angefasst, das Defizitverfahren wird weiterhin in der jetzigen Art und Weise eingeleitet und Kriterien für eine Beurteilung sollen keinesfalls vorher greifen. (D)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das will der Herr Eichel doch gar nicht!)

Die Meinung der grünen Seite dazu lautet: Das ist richtig. Der Finanzminister hat gestern im Haushaltsausschuss deutlich gemacht, dass es zusätzlich wahrscheinlich präventive Initiativrechte der Kommission für Frühwarnungen geben soll. Auch das begrüße ich. Deswegen sage ich: Lassen Sie sich doch auch auf die Diskussion ein!

Müssen wir bei Anwendung des Paktes nicht auch andere Dinge ins Auge fassen, die ökonomisch wichtig sind? Ich glaube, wir müssen raus aus der von Ihnen ideologisch geführten Debatte. Diese hilft uns im Hinblick auf eine langfristige Haushaltspolitik nicht weiter. Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts bleibt: Die Staatsfinanzen müssen langfristig wirklich stabilisiert werden. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Die demographische Entwicklung in Europa erfordert das.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Wofür brauchen Sie dann noch mehr Spielraum?)

Deswegen ist es zum Beispiel richtig – ich plädiere dafür –, dass wir die europäischen Institutionen bei der

Anja Hajduk

- (A) Beurteilung der Haushaltspolitiken stärken. Wir brauchen eine größere europäische Koordination.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann müssen Sie das Parlament stärken!)

– Ich finde es wichtig, dass auch das Parlament einen starken Beitrag leistet. – Ich finde es auch richtig, die Haushalte zu analysieren und zu schauen, ob sie die langfristige implizite Verschuldung – dabei ist die Altersversorgung ganz wichtig – wirklich aufgreifen. Deswegen habe ich nichts dagegen, wenn dies bei der tatsächlichen Beurteilung und Anwendung einer nationalen Haushaltspolitik zum Tragen kommt und gefördert wird. Ich möchte wirklich dafür werben: Setzen Sie sich damit auseinander!

Ich habe noch einmal ausdrücklich die Argumente des Herrn Regling nachgelesen, der sicherlich ein Vertreter einer stabilitätsorientierten Politik in Europa ist. Herr Regling, Generaldirektor bei der EU-Kommission, hat an vier Punkten dargestellt, wie der Reform- bzw. Anpassungsbedarf aus Sicht der Europäischen Kommission aussieht.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie waren doch dagegen! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wollen doch viel mehr als er! Lesen Sie mal, was der Bundeskanzler will!)

Er sagt unter anderem, dass die Verschuldung und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte stärker berücksichtigt werden müssen. Hier gibt es Anpassungsnotwendigkeiten. Auch er plädiert für eine stärkere Berücksichtigung der konjunkturellen Lage.

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme sofort zum Schluss. – Dabei geht es nicht darum, die Kriterien zu verändern, sondern darum, zu überlegen, ob ein Land mehr Zeit braucht. Er plädiert sehr dafür, auch die europäischen Instanzen zu stärken.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Lesen Sie mal, was der Bundeskanzler schreibt!)

Ich finde, dass der Finanzminister recht daran tut, an dieser Orientierung mitzuarbeiten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Sie überziehen Ihre Redezeit deutlich.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich glaube, dieses Thema verdient es, dass man sich seriös und ernsthaft mit ihm auseinandersetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dietrich Austermann, CDU/CSU-Fraktion.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein Unding, dass der Bundeskanzler in einem Zeitungsartikel eine Debatte zu einer der wesentlichen Fragen der deutschen und der europäischen Politik anstößt, nämlich zur Frage des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dann aber weder er noch der Finanzminister heute bei der Debatte anwesend sind. Das heißt, die Debatte mit dem Parlament als einem wichtigen Entscheidungsorgan wird nicht geführt. Ich finde, das geht nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie wissen, dass wir das begründet haben! Der Bundeskanzler spricht mit dem Bundespräsidenten!)

Hier wird das Verhalten eines Duodezfürsten praktiziert.

Ich finde es auch bemerkenswert, Frau Kollegin Hajduk – Sie haben über die Frage des Stils der Debatte gesprochen –, dass die beiden Vertreter der Regierungsparteien schon in der ersten Debatte dieses Jahres gleich wieder mit Kraftausdrücken anfangen und versuchen

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sprechen Sie einmal mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer! Unanständig ist das, was Sie machen!)

– Ihre Zwischenrufe beweisen das –, die Debatte auf einem Niveau zu führen, das offensichtlich verrät, dass sie in dieser Frage ein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Das hängt doch von dem Ton ab, den Sie anschlagen! Was hat denn Herr Meister hier gesagt?)

(D)

Das, worum es eigentlich geht – das werden wir den Menschen auch deutlich machen –, kann man an der Wirkung dieser Politik ablesen. Schuldenpolitik macht arbeitslos. Schuldenpolitik führt dazu, dass immer weniger Menschen Arbeit haben. Sie können das in vielen Bundesländern – Sie haben das Thema angesprochen; ich brauche Schleswig-Holstein gar nicht zu nennen – beobachten. Ich könnte als Beispiel auch den Bund anführen, wo die gleiche Situation vorliegt. Die Tatsache, dass wir im letzten Jahr inzwischen mehr Geld für Arbeitsmarktpolitik als für Investitionen ausgegeben haben – diejenigen, die von der Arbeitsmarktpolitik betroffen sind, sind sicher nicht die Reichsten –, macht deutlich, dass eine Veränderung der Politik eingetreten ist. Schuldenpolitik macht arbeitslos. Ich sage auch: Rot-Grün macht arm und arbeitslos. Derjenige, der arbeitslos ist, gehört in der Regel nicht zu den Betuchten.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist der neue Stil von dem vornehmen Herrn Austermann!)

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Sie haben uns unsere Forderung, die Mittel der Bundesagentur für Arbeit um 1 Milliarde Euro zu kürzen, vorgeworfen. Dazu stehen wir. Wir halten die PSA für überflüssig. Gleiches gilt für die Ich-AG. Diese legalisierte Form der Schwarzarbeit ist überflüssig. Wenn Sie die Mittel für diese beiden Maßnahmen zusammenrechnen, kommen Sie auf eine Größenordnung von etwa 1 Milliarde Euro.

Dietrich Austermann

- (A) Wir haben aber auf der anderen Seite beklagt – das war der Punkt –, dass die Bundesagentur für Arbeit diesen offensichtlich notwendigen Druck fast ausschließlich in den neuen Bundesländern ausgeübt hat. Sie hat dort Maßnahmen zusammengestrichen, die sie jetzt über Fördern und Fordern im Zusammenhang mit Hartz IV und dem ALG II wieder aufleben lassen will. Zunächst treibt man die Menschen in die Armut, um dann zu erklären: Wir ergreifen nun ganz überraschend neue Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Schauen wir uns einmal die genauen Zahlen an. 1996 war das Jahr einer bestimmten Verschuldungshöhe. Damals hatte der Bund einen Finanzierungssaldo von 34,5 Milliarden Euro. Das war zu hoch. Der Finanzierungssaldo von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung betrug 62,7 Milliarden Euro. Das war eine Verschuldung von 3,4 Prozent. Im Jahre 2004 betrug der Finanzierungssaldo des Bundes nicht 40, 41 oder 43 Milliarden Euro, sondern 53,7 Milliarden Euro. Der Finanzierungssaldo von Bund, Ländern und Gemeinden lag bei 84,5 Milliarden Euro. Das sind allein beim Bund 20 Milliarden Euro Verschuldung mehr als im Jahr 1996, dem angeblichen Rekordjahr der Verschuldung. Ich glaube, damit ist ziemlich klar, wer der Rekordschuldenmacher in Deutschland ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates war sogar 22 Milliarden Euro mehr als 1996. Das unterstreicht, dass eine falsche Politik gemacht wird. Angesichts der Behauptung, man habe nicht genügend Flexibilität, stellt sich die Frage: Wie viel brauchen Sie denn noch? Bei einer Flexibilität in der Größenordnung von 53,7 Milliarden Euro wollen Sie noch abweichende Regelungen haben! Was bedeutet das, was der Bundeskanzler vorgeschlagen hat? Er verlangt eine Verschuldungsgrenze von 3 Prozent plus irgendetwas. All das, was unter dieses Irgendetwas fällt, nämlich die Frage der Konjunkturmaßnahmen im Inland, praktizieren Sie doch schon seit drei Jahren mit der Wirkung, dass es immer weiter bergab geht.

Reformen sollen ein Ausweis für eine richtige Politik sein, um zu Einsparungen zu kommen. Ich bin immer davon ausgegangen, dass die Reformmaßnahmen dazu beitragen, dass die öffentliche Hand spart, nicht dazu, dass sie mehr Geld ausgibt. Das können Sie auch bei den so genannten Dauerlasten sehen. Herr Regling hat für die EU-Kommission immer wieder gesagt, das Argument der Kosten für den Wiederaufbau in dem einen Teil unseres Vaterlandes kann man heute nicht mehr in der Dimension berücksichtigen, wie man das in den 90er-Jahren gemacht hat. Wir sagen: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat dazu beigetragen, dass in Europa zumindest Ende der 90er-Jahre eine Politik in Richtung weniger Schulden gemacht wurde. Das war der entscheidende Vorteil. Sie versuchen jetzt das Gegenteil. Sie tragen dazu bei, dass immer weniger Leute Arbeit haben, immer mehr Schulden gemacht werden und immer unverantwortlicher mit den Finanzen unseres Staates umgegangen wird. Da machen wir nicht mit. Wir sagen: Die 3 Prozent reichen aus. Sie sind die absolute Obergrenze.

Normalerweise ist es richtig – das sagt jeder Privatmann (C) und auch der Staat –,

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist vorbei.

Dietrich Austermann (CDU/CSU):

dass man sich an den Einnahmen orientiert. Nun zu sagen, man brauche mehr als 3 Prozent, man brauche 53,7 Milliarden Euro und noch mehr, ist nicht die richtige Einstellung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär der Finanzen, Karl Diller.

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Professor Pinkwart hat das Parlament an die Anträge der Oppositionsfractionen zum Haushalt erinnert. Das hätten Sie besser unterlassen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist eine Arroganz, Herr Staatssekretär! Das ist unglaublich! Bei der Verschuldung!)

Denn die Seriosität Ihrer Anträge – nicht nur Ihrer, sondern auch der Anträge der CDU/CSU – kann man einem breiten Publikum an drei Beispielen ziemlich deutlich (D) machen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Nehmen Sie das vom Arbeitsmarkt!)

Das erste Beispiel ist die Streichung der Arbeitslosenhilfe. Die Menschen haben einen Rechtsanspruch darauf, dass sie zum 31. Dezember auf ihrem Konto die Arbeitslosenhilfe für den Monat Dezember vorfinden. Dieser Betrag muss am 1. bzw. 2. Januar in den Büchern des Bundes gebucht werden. Das wollten Sie streichen. Ihr Vorschlag der Streichung hätte bedeutet, eine überplanmäßige Ausgabe im Haushalt 2005 zu provozieren. Diese hätte uns aber nicht genehmigt werden dürfen, weil nämlich eine solche überplanmäßige Ausgabe für das Parlament vorhersehbar war und deswegen den Kriterien nicht entsprochen hätte.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zum Stabilitätspakt und zu den Vorschlägen des Bundeskanzlers!)

Zweites Beispiel. Die Opposition war so frei, zu fordern, dass sich ungefähr 10 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter samt ihren Familienangehörigen zum 1. Januar 2005 in Luft auflösen.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

Denn Sie haben den Antrag gestellt, 10 Prozent aller flexibilisierten Mittel zu streichen. Der größte Posten bei den flexibilisierten Mitteln sind aber Personalkosten. Deswegen hätten wir Tausende von BGS-Beamten

Parl. Staatssekretär Karl Diller

- (A) plötzlich am 1. Januar nicht mehr bezahlen dürfen. Wer solch absurde Anträge stellt, hat jeden Anspruch auf Seriosität verloren.

(Beifall bei der SPD)

Das dritte Beispiel ist das Lieblingsbeispiel von Herrn Professor Pinkwart – das ist sein „Jäger 90“ –: die Kohlebeihilfen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: So viel Blödsinn habe ich noch nie gehört! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Thema verfehlt!)

Er hat den Antrag gestellt, die Kohlebeihilfen auf null zu setzen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Worüber reden Sie denn eigentlich?)

Das hätte bedeutet, dass wir gegenüber der RAG und gegenüber den Beschäftigten vertragsbrüchig geworden wären.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zu den Vorschlägen des Bundeskanzlers!)

Übrigens hätten wir damit einen Vertrag gebrochen, den der verstorbene ehemalige Wirtschaftsminister Rexrodt in der Zeit der Regierung Kohl ausgehandelt hat.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

- (B) Ich will noch an die Blockadepolitik dieser Damen und Herren und ihrer Parteifreunde im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss erinnern. 17,5 Milliarden Euro hätten Bund, Länder und Gemeinden Jahr für Jahr mehr in ihren Kassen, wenn Sie nicht Ihre Blockadepolitik im Bundesrat betrieben hätten. 17,5 Milliarden Euro sind fast ein ganzer Prozentpunkt vom Bruttoinlandsprodukt und damit 1 Prozentpunkt nach Maastrichtkriterium. Das sind Ihre Versäumnisse. Das müssen Sie sich zurechnen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen lassen Sie mich in aller Deutlichkeit feststellen: Wenn wir Ihrer Position gefolgt wären, dann wären wir in die falsche Richtung marschiert. Wir halten klar am Maastrichtvertrag fest. Wir brauchen auf der europäischen Ebene in der Währungsunion die Koordination, die Regelbindung einer gemeinsamen Finanzpolitik.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Der Vertrag gibt die Regel vor!)

Was wir aber nicht machen können, ist, vor den gemachten Erfahrungen die Augen zu verschließen. Wir müssen uns den Pakt und den Vertrag einmal genau ansehen. Darin ist nämlich von Ermessensspielräumen die Rede.

Wir müssen damit aufhören, über Juristereien und Zehntelprozentpunkte, also Stellen hinter dem Komma, zu reden. Stattdessen müssen wir über Ermessensspielräume und damit über Inhalte des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans Michelbach [CDU/CSU]: 18 Prozent sind kein Ermessensspielraum!)

(C)

Nach der Konzeption des EG-Vertrages dient das Instrument der Haushaltsüberwachung durch die Kommission der Vermeidung – ich zitiere – „schwerwiegender Fehler“ in der Haushalts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Aus dem Vertrag selbst geht hervor, dass es keineswegs Ziel und Aufgabe der finanzpolitischen Koordinierung ist, den Mitgliedstaaten in ihre täglichen Geschäfte hineinzuregieren. Wenn aber grobe Fehlentwicklungen vorliegen, dann müssen sie gestoppt werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie sind die größte Fehlentwicklung der deutschen Nachkriegspolitik!)

Die Opposition betont immer wieder, wie wichtig die Einhaltung der Vertragsvorgaben ist. Was dort aufgeführt ist, entspricht genau unserer Position: Wenn ein Land die 3-Prozent-Grenze überschreitet, dann sollten selbstverständlich die Alarmglocken läuten.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Die sollten vorher läuten! – Otto Fricke [FDP]: Es brennt, aber ihr holt die Feuerwehr nicht!)

Was wir dann aber brauchen, sind keine schematischen und automatisierten Verfahrensschritte. Notwendig ist vielmehr ein genauer Blick auf die jeweilige Situation, die in ihrer Gesamtheit abgewogen und bewertet werden muss.

Ich erinnere an die Frage, um die es beispielsweise bei dem Streit über das Verfahren gegen Deutschland und Frankreich ging: Sollten bei einem Defizit von zum Beispiel 3,2 Prozent einem Land Sanktionen angedroht werden,

(D)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wir liegen bei 3,9 Prozent!)

obwohl es eine äußerst zurückhaltende Ausgabenlinie verfolgt, ihm aber die Konjunktur auf der Einnahmeseite einen Strich durch die Rechnung macht?

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Die Konjunktur zieht doch gar nicht! Es ist doch gar nicht konjunkturell! Es ist doch strukturell!)

Sollten ihm, obwohl es durch Steuer- oder Rentenreformen Strukturreformen umgesetzt, die mehr Wachstum und nachhaltige Finanzen ermöglichen, kurzfristig aber zu einem Defizitanstieg über 3 Prozent führen, Sanktionen angedroht werden? Ich meine, nein.

Wir müssen die Finanz- und Wirtschaftspolitik eines Landes im Ganzen berücksichtigen und dürfen entscheidende Faktoren nicht ausklammern. Wir unterstützen deswegen ausdrücklich den Vorschlag der Kommission, die Beurteilungskriterien gründlich zu überarbeiten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wer ist in diesem Fall „wir“? Das Finanzministerium oder das Bundeskanzleramt?)

Lassen Sie mich noch einige Punkte nennen, die dabei berücksichtigt werden müssten.

Parl. Staatssekretär Karl Diller

(A) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn dafür noch Zeit ist!)

Nicht nur – wie bisher diskutiert wurde – starke Wirtschaftsabschwünge, sondern auch die Erfahrungen einer dreijährigen Stagnation müssten berücksichtigt werden. Berücksichtigt werden müsste auch, ob Reformen auf dem Arbeitsmarkt erfolgt sind und ob im Haushalt zukunftsorientierte Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Infrastruktur und Bildung vorgesehen sind, um die Grundlagen für dauerhaftes Wachstum und nachhaltige öffentliche Finanzen zu legen.

Des Weiteren müsste bedacht werden, welche Sonderlasten ein Mitgliedstaat zu schultern hat. Wir haben hohe Belastungen durch die deutsche Einheit zu tragen. Eine weitere Sonderbelastung, die wir zu tragen haben – sie ist übrigens nationalen Entscheidungen völlig entzogen; wir haben keinerlei Einfluss darauf –, stellen die hohen Nettotransfers an den europäischen Haushalt dar.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Die rot-grüne Regierung haben wir auch zu tragen!)

Auch solche Zahlungen sollten im Rahmen der finanzpolitischen Analyse berücksichtigt werden.

Um es noch einmal zu betonen: Es geht nicht um ein Herausrechnen. Wir wollen aber, dass eine genaue Analyse erstellt wird, bevor entsprechende Schritte eingeleitet werden. Das hat nichts mit einer Aufweichung zu tun; es ist vielmehr die einzig sinnvolle Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen. Kommissar Almunia hat übrigens sehr deutlich gemacht, dass Portugal durch Auflagen der EU praktisch in eine Rezession gelenkt wurde, weil die Forderungen prozyklisch wirkten.

(B)

Insofern besteht Diskussionsbedarf. Wir sind zuversichtlich, dass Ratspräsident Juncker, der selber zu den Vätern des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts gehört, die Diskussion in die richtigen Bahnen lenkt und dazu beiträgt, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen werden. Wir sind sicher, dass die Diskussion und die folgenden Entscheidungen bei ihm in guten Händen liegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Peter Hintze, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundeskanzler und sein Finanzminister haben bis in die vergangene Woche hinein Stein und Bein geschworen, sie würden niemals den Stabilitäts- und Wachstumspakt beschädigen. Wie sagte doch unser Bundeskanzler im Ersten Deutschen Fernsehen: „Wir rütteln nicht an den Kriterien des europäischen Stabilitätspaktes.“

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

(C)

Seit Walter Ulbrichts Wort: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, hat noch nie ein deutscher Politiker die Öffentlichkeit so dreist in die Irre geführt wie der Herr Bundeskanzler in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Das ist aber unterste Schublade!)

Ich möchte es den aufgeregten SPD-Abgeordneten erklären. Hier werden die deutsche Bevölkerung und das deutsche Parlament von Ihnen für dumm verkauft.

(Walter Schöler [SPD]: Ihnen ist auch nichts Neues eingefallen!)

Ihr Staatssekretär erklärt hier: Das 3-Prozent-Kriterium wollen wir gar nicht antasten. Im Ausschuss wurde uns erzählt, der Pakt werde nicht ausgehöhlt, sondern ausgefüllt. Wissen Sie, was Sie mit dem Pakt tatsächlich machen? Sie stopfen ihn aus. Die Hülle bleibt zwar – außen stehen noch immer 3 Prozent –, aber der Inhalt ist weg. Das ist ein Bruch nicht nur mit dem Geist, sondern auch mit den Buchstaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Walter Schöler [SPD]: Das haben Sie ja mit den Worten von vorher gezeigt, wes Geistes Sie sind!)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil klar gemacht, dass die Fortsetzung der Stabilitätsgemeinschaft konstitutive Voraussetzung für das Zustimmungsgesetz zum Euro war. Das heißt, wenn die Bundesregierung einen parlamentarisch legitimierten Vorgang, das Zustimmungsgesetz, durch einen exekutiven Federstrich zerstört, dann ist das ein ungeheurer Umgang mit der Materie, aber auch mit dem Parlament.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich empfinde es als Beleidigung – das möchte ich noch zu den Zurufen von Herrn Schmidt während der Rede von Herrn Austermann sagen –, wenn der deutsche Bundeskanzler in einem Namensartikel in einer Tageszeitung seine Absichten zur Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bekannt gibt und sich die Bundesregierung dann in dieser Sitzungswoche weigert, auch nur ein einziges Regierungsmitglied, den Außenminister, den Finanzminister, den Wirtschaftsminister oder den Bundeskanzler, hier zu diesen öffentlichen Äußerungen Stellung nehmen zu lassen. Das heißt – das ist kristallklar –, dass das Parlament in dieser Frage übergangen werden soll. Das ist ein Umgang mit der Demokratie, den wir nicht hinnehmen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ihre ökonomische Begründung spottet jeglicher Beschreibung. Sie wollen dem deutschen Volk klar machen, dass die Probleme mit der steigenden Arbeitslosigkeit und der wachsenden Wirtschaftsschwäche sowie die sich ständig verschlimmernden Probleme im sozialen Bereich durch eine steigende Verschuldung verringert

Peter Hintze

- (A) werden können. Die Wahrheit ist: Das genaue Gegenteil ist richtig. Nur wenn wir zu einer Politik der Haushaltskonsolidierung zurückkehren, werden wir auch die wirtschaftlichen und die sozialen Probleme dieses Landes lösen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einen europapolitischen Gedanken aussprechen. Wir werben in diesen Tagen für die europäische Verfassung und dafür, dass die Bürger verstehen, dass im 21. Jahrhundert Europa die Antwort auf ihre Fragen ist. Aber wir erschüttern das Vertrauen der Bürger in Europa, in seine Institutionen und in seine Regierungen, wenn wir mit der Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung so umgehen, wie Sie das mit dem Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspaktes tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Joachim Poß [SPD]: Reine Heuchelei!)

Der Hintergrund ist, dass dieses Land unter der rot-grünen Regierung zum vierten Mal in Folge den Stabilitäts- und Wachstumspakt bricht, einen Pakt, der Voraussetzung für unsere Zustimmung zum Euro und für unser Werben bei den Bürgern für Europa und den Euro war. Aber Sie versündigen sich an diesem Pakt und damit an Europa. Ich sage Ihnen: Kehren Sie um!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Tuet Buße! –
Walter Schöler [SPD]: „Tut Buße“ hast du vergessen! Nicht mal zitieren kann er richtig!)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hintze, ich verstehe, dass Sie hier eine Bewerbungsrede halten müssen.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Hat es Ihnen gefallen?)

Ich kann nicht akzeptieren, dass – nach der gestrigen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages mit einer sehr sachlichen Diskussion – Sie und der Kollege Austermann Redebeiträge halten,

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Der war auch sehr gut!)

die der Sache einfach nicht angemessen sind.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wollen nur nicht die Wahrheit hören!)

Wir brauchen in dieser Debatte Sachlichkeit. Wir brauchen in der Auseinandersetzung ein Stück Kreativität. Wir brauchen aber keinen gnadenlosen Populismus, wie Sie ihn hier permanent bieten, ohne dass Sie sagen, was Sie in Wirklichkeit wollen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sagen Sie mal ehrlich: Wie bewerten Sie den Redebeitrag von Poß?)

Fest steht: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt lebt. Die Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich sind ausgesetzt und nicht aufgehoben. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Also dieses lebendige Bekenntnis überzeugt nicht!)

Die EU-Kommission will neben der 3-Prozent-Netto-neuverschuldungsgrenze den Schuldenquoten oberhalb des Referenzwertes von 60 Prozent eine größere Bedeutung beimessen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Da haben Sie eine Menge zu tun! Da müssen Sie sich jetzt mal anstrengen! Wir sind bei 66 Prozent, Frau Scheel! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir sind nur schon über 60 Prozent!)

Ich halte das für sehr richtig und ich kann es nur ausdrücklich begrüßen.

Alle Länder, die in einem Defizitverfahren sind, müssen der EU-Kommission Stabilitätsprogramme mit Wegen und Zeitfenstern zur Wiedererreichung der Grenzwerte für die staatliche Verschuldung zur Bewertung und zur Beurteilung vorlegen. Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses werden öffentlich gemacht.

Alle Länder werden natürlich auch darüber zu diskutieren haben, inwieweit – auch das hat die gestrige Anhörung gezeigt – Änderungen in der Anwendung des Defizitverfahrens im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – auch darüber wird derzeit verhandelt – notwendig sind. Es gibt nämlich konjunkturelle Entwicklungen, die Strukturprobleme aufwerfen – darauf muss man mit Strukturprogrammen reagieren – und die in Zeitphasen ablaufen, die anders sind, als es sich die Erfinder des Stabilitätspaktes damals vorgestellt haben. (D)

Kommen Sie doch bitte einmal in der Realität an! Als der Stabilitätspakt geschlossen wurde, gehörten der Währungsunion sechs oder sieben Länder an.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wo fängt Wachstum an, Frau Kollegin?)

Heute sind es zwölf. In zehn Jahren werden es 22 Länder sein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass man nicht alle Länder über einen Kamm scheren kann. Vielmehr muss man differenzierte Zeitfenster für individuelle Anpassungsprogramme durch notwendige Strukturreformen, zum Beispiel im Bereich der Rentenversicherung oder des Arbeitsmarktes, schaffen. Von etwas anderem auszugehen ist unrealistisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist nicht mehr operationalisierbar! Das wissen Sie doch auch!)

Wir haben es mit einer demographischen Entwicklung zu tun, an die damals niemand von denen, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen haben, gedacht hat. Die heutige Situation ist völlig anders. Ich kann Ihnen nur sagen: Seien Sie nicht so zahlenfixiert, sondern seien Sie prozessorientiert! Wenn Sie das tun,

Christine Scheel

- (A) dann können Sie einen Beitrag zu einer inhaltlich sinnvollen Debatte leisten.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Bei wie viel Prozent ist Schluss?)

Nachhaltige Finanzpolitik muss konjunkturelle Zyklen und strukturelle Veränderungsprozesse natürlich auch kompatibel gestalten. Der Stabilitätspakt gibt der EU das Recht, die nationalen Stabilitätsprogramme zu beurteilen, Änderungsvorschläge zu machen und im Interesse einer sehr stabilen Währungspolitik bei unvernünftigen nationalen Haushaltsentscheidungen fiskalische Sanktionsmittel einzusetzen. Das ist richtig und das soll auch so bleiben.

Da dies so bleibt, wird der Pakt lebendiger werden. Es wird realistischere Verfahren im Konsultationsprozess geben. Ich empfehle, dass man einfache, transparente, einheitliche und für alle 25 Länder anwendbare Kriterien, die im Rahmen des Defizitverfahrens zur Beurteilung von Stabilitätsprogrammen der Nationalstaaten liegen, anwendet. Eine stärkere Berücksichtigung der konjunkturellen Lage und eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Länder stehen dazu nicht im Widerspruch. Auch eine Einigung auf operationale Indikatoren steht dazu nicht im Widerspruch, sondern ist ein Stück Notwendigkeit.

Wegen der unterschiedlichen konjunkturellen Wachstumspfade der Länder bedarf es auch unterschiedlich langer Zeitfenster – man kann auch „Anpassungspfade“ sagen –, um die Defizitgrenzen wieder zu erreichen. Wichtig wird eine Einigung darüber sein, was Länder in Phasen konjunktureller Erholung leisten müssen, um einerseits übermäßige Defizite abzubauen und um andererseits dem eigentlichen Ziel des Stabilitätspakts – einem ausgeglichenen Haushalt – näher zu kommen.

- (B)

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Wann wollen Sie den denn erreichen mit Ihrer Politik? Werden wir das noch erleben?)

Ich bin für die Operationalisierung von Vorgaben, die in Zeiten konjunktureller Erholung gelten, damit nationale Begehrlichkeiten im Prozess der Konsultation mit der EU zurückgedrängt werden können.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist ja alles richtig, nur fordern Sie genau das Gegenteil!)

Ich sage nur: Der Stabilitätspakt lebt, weil es nämlich keinen Totengräber gibt.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Georg Fahrenschon, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch nie zuvor ist in der Europäischen Union ein wesentlicher politischer Beschluss im Kern rückgängig gemacht worden. Genau das haben Sie mit den von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen am Stabilitätspakt vor. Vordergründig wollen Sie den Stabilitätspakt erhalten, aber faktisch wollen Sie ihn außer Kraft setzen.

(Walter Schöler [SPD]: Wo steht das denn?)

Liebe Frau Scheel, Frau Ausschussvorsitzende, ich muss Sie schon fragen, wo Sie gestern eigentlich waren.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie hat an der Rede für heute gearbeitet!)

Ihre Sachverständigen waren es doch, die den Pakt unisono für tot erklärt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bundesrechnungshof hat in seiner schriftlichen Stellungnahme auf die galoppierende Staatsverschuldung hingewiesen und sich aus dem Grund gegen Änderungen am Stabilitätspakt ausgesprochen.

(Walter Schöler [SPD]: Recht hat er!)

Sie haben sich mit den Änderungen im Grunde gegen das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ausgesprochen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie nicht! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht wahr!)

(D)

Das ist der wahre Hintergrund für das, was Sie hier betreiben. Sie versuchen, Nebelkerzen zu werfen. Der beste Nebelkerzenwerfer ist der ehrenwerte Herr Staatssekretär, der auf die Vorschläge des Bundeskanzlers im Grunde in keinem Punkt eingeht, weil er ganz genau weiß, dass die Vorschläge, die der Bundeskanzler schriftlich niedergelegt hat, den Pakt zerstören und nicht wiederbeleben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wissen Sie, warum? Die Regeln, die wir jetzt haben, sind eindeutig und klar. Die Regeln, die wir jetzt haben, sind transparent. Was für Rot-Grün noch schlimmer ist: Die Regeln, die wir jetzt haben, machen die Finanzpolitik europaweit messbar. Das ist genau der Punkt, den Sie aus der Welt schaffen wollen. Ihnen sind die europaweiten Kontrollen, insbesondere Ihrer Bundespolitik, ein Dorn im Auge. Sie wollen diese Kontrollen nicht. Aus dem Grund wollen Sie dem Stabilitätspakt die Basis entziehen. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Wenn Sie jetzt argumentieren, wir bräuchten in einem größer gewordenen Europa andere Regeln,

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Anwendung muss geklärt werden!)

Georg Fahrenschohn

- (A) dann erklären Sie mir doch bitte einmal ganz genau, wie Sie Ausnahmen für Sonderlasten, Abzüge von Nettozahlungen und das Herausrechnen von ganzen Haushaltstiteln – Beispiel: Verteidigung, Beispiel: Forschung – europaweit organisieren wollen!

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das wollen wir doch gar nicht!)

– Doch! Das sind Ihre Vorschläge! Lesen Sie doch die „Financial Times Deutschland“ vom letzten Montag, bevor Sie hier im Deutschen Bundestag reden!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit Ihren Vorschlägen öffnen Sie der Willkür Tür und Tor. Sie erzeugen immer wieder neue Konflikte. Sie sind gar nicht in der Lage, die Ausnahmen europaweit zu debattieren. Sie verabschieden sich von klaren Regeln – 3 Prozent Defizit- und 60 Prozent Schuldengrenze –

(Walter Schöler [SPD]: Wo steht das?)

und führen eine politische Debatte über gute und weniger gute Finanzpolitik ein.

(Walter Schöler [SPD]: Wer will das?)

Das sind Ihre Vorschläge.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Eben nicht! Wer sagt das denn?)

Dabei machen wir nicht mit, weil das in die falsche Richtung geht.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie zerstören die Basis der Wirtschafts- und Währungsunion.

Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen: Stabilität kann dann keinen Bestand haben, wenn die Politik daran herumbasteln kann. Das ist unsere Generalkritik. Wir müssen uns gegen alle Ihre Vorschläge aussprechen, mit denen Sie die Kennzahlen einer politischen Debatte unterwerfen wollen, weil Sie damit versuchen, politische Einschätzungen der Finanzpolitik zu erreichen. Das ist der falsche Weg. Dahin wollen wir nicht. Gehen Sie in die andere Richtung! Halten Sie sich an die Vorgaben von Maastricht! Halten Sie sie klipp und klar ein! Hören Sie auf, den Stabilitätspakt zu unterminieren! Leben Sie den Stabilitäts- und Wachstumspakt! Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren, SPD-Fraktion.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir sind es ja gewohnt, dass zu Wahlkampfzeiten die Opposition versucht, hier Stimmung zu machen, aber dadurch werden die Behauptungen, die Sie von der Opposition aufstellen, nicht wahrer.

- (Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: So können wir mit dem Thema nicht umgehen! Das ist nicht sachgerecht!) (C)

Erstens. Uns liegt der Entwurf der europäischen Verfassung vor, aus dem ich noch einmal zitieren möchte. Dort steht:

Die in Art. III-184 Abs. 2 der Verfassung genannten Referenzwerte für ein übermäßiges Defizit sind

a) 3 Prozent für das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aha! – Gegenruf des Abg. Walter Schöler [SPD]: Ja, da steht es!)

b) 60 Prozent für das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Na also! – Gegenruf des Abg. Walter Schöler [SPD]: Das wissen wir! – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist nur die Hülle für Sie!)

und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das war ein tolles Eigentor!)

Niemand, weder diese Bundesregierung noch die sie tragenden Koalitionsfraktionen, beabsichtigt, hieran etwas zu ändern.

- (Beifall bei der SPD) (D)

Zweitens. Herr Hintze hat wieder einmal die Behauptung aufgestellt, wir hätten in den vergangenen Jahren ständig die Stabilität in Gefahr gebracht.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ein vielfarbiger Beitrag! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ihr seid Eurobetrüger!)

Wir können hier heute nur feststellen, dass in den ersten Jahren der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes die Stabilitätskultur in Europa mithilfe des Paktes erheblich verbessert worden ist. Und das ist gut so.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Genau das wollen Sie jetzt ändern! Genau das stellen Sie jetzt infrage!)

Der Euro steht heute im internationalen Vergleich so gut da wie nie. Die Inflation ist niedrig, die Preise sind stabil und die Defizite in der Eurozone sind wesentlich geringer als beispielsweise in den USA und Japan.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das setzen Sie jetzt alles aufs Spiel!)

Was uns fehlt, ist Wachstum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland spielt hier eine durchaus positive Rolle.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Ihre Kenntnisse über monetäre Entwicklungen scheinen begrenzt zu sein!)

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Denn Deutschland hat in diesem Euroraum die geringste Inflationsrate überhaupt und hat damit entscheidend zur Stabilität beigetragen.

(Beifall bei der SPD – Joachim Poß [SPD]:
So ist es!)

Andere Länder haben eine höhere Inflation. Deutschland ist also ein Stabilitätsanker.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Aber wir haben das geringste Wachstum!)

An dieser Stelle muss auch einmal gesagt werden, dass dieser starke Euro dem Export glücklicherweise nicht geschadet hat; denn das ist eine große Sorge für ein Land, das so entscheidend vom Export abhängig ist wie Deutschland. Unser starker Export ist übrigens ein Hinweis auf die Attraktivität unserer Produkte, die Produktivität unserer Unternehmen und den Erfolg unserer Wirtschaft.

Negativ ist: Wir haben hohe Realzinsen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was haben wir?)

Das ist in der Tat eine Wachstumsbremse.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Wir haben negative Realzinsen! Das hat der Bundesbankpräsident gestern mitgeteilt! – Gegenruf des Abg. Walter Schöler [SPD]: Das ärgert Sie! Sie haben zu viel Geld auf dem Konto!)

- (B) Kommen wir zur Haushaltsdisziplin, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war noch besser als „brutto, netto, Mexiko!“)

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist auch deswegen verabschiedet worden, damit dem sorglosen Umgang mit dem öffentlichen Geld ein Ende gesetzt wird.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Können Sie das noch mal zum Mitschreiben sagen?)

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, können wir feststellen, dass wir in 2004 im Euroraum ein Defizit von 2,9 Prozent hatten, in den USA eines von 4,2 Prozent und in Japan eines von 7,1 Prozent. Durch die finanzpolitische Konsolidierung haben sich die Defizite übrigens gegenüber der Zeit, als Sie an der Regierung waren, wesentlich verringert.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Wie bitte? – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wo denn? – Gegenruf des Abg. Joachim Poß [SPD]: Ja, sicher! Lesen Sie mal die Zahlen!)

In der Zeit von 1991 bis 1995 hatten wir im Euroraum noch minus 5 Prozent, in 2004 werden es voraussichtlich minus 2,4 Prozent des BIP sein.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Ach, im Euroraum! Dank des Stabilitäts- und Wachstumspaktes!)

– Ich sage ja, dass der Stabilitätspakt hier tatsächlich Erfolg hat.

- (Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Und den wollen Sie jetzt infrage stellen! Das ist der Punkt! Nehmen Sie doch dazu einmal Stellung!) (C)

Wir haben in Deutschland nicht erreicht, die Defizitgrenze von 3 Prozent einzuhalten. Da muss man sich nun aber die Frage stellen: Besteht die Lösung nicht eher darin, dass wir Initiativen ergreifen, um das Wachstum anzuregen? Dazu fällt Ihnen nichts anderes ein, als weiter Steuern zu senken und damit die Schulden zu erhöhen oder nach weiteren sozialen Einschnitten zu rufen. Auch wenn Sie sich hier heute aufgeführt haben, als würde die rot-grüne Koalition die Menschen in die Armut treiben,

(Joachim Poß [SPD]: Das ist die größte Frechheit! – Gegenruf des Abg. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist doch die Sachlage!)

sind Sie es doch, die ständig weitere Einschnitte verlangen.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Diese Rede ist ja eine Bestrafung! – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist unglaublich!)

Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Die Kampagne, die Sie betreiben, schadet der Nachfrage in Deutschland. Sie schadet dem Vertrauen. Sie schadet dem Wachstum. Sie schadet am Ende dem Ziel der Konsolidierung.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das sagen Sie einmal Ihrem Bundeskanzler! Der hat die Debatte begonnen!)

- Sie schadet Deutschland und sie schadet Europa. (D)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So stellt sich eine Lehrerin die europäische Wirtschaft vor!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin!

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):
Wir müssen heute Initiativen ergreifen, um die Wachstumsschwäche zu überwinden. Deutschland als großes europäisches Mitgliedsland muss nämlich wieder zur Wachstumslokomotive werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):
Dafür brauchen wir mehr Wachstum. Dafür brauchen wir Investitionen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dann brauchen wir eine bessere Politik!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nächster Redner ist der Kollege Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Otto Bernhardt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu dem Beitrag meiner Vorrednerin nur eine Bemerkung: Der hohe Wert des Euro ist kein Zeichen für die Stärke des Euro, sondern vielmehr Ausdruck der Schwäche des Dollar. Das ist gestern in beiden Anhörungsverfahren noch einmal deutlich gesagt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Thema, über das wir heute sprechen, ist sehr ernst. Ich will deshalb versuchen, sehr sachlich zu argumentieren. Jeder, der Mitte der 90er-Jahre dabei war, als wir der deutschen Bevölkerung verdeutlichen wollten, dass der Übergang von der D-Mark zum Euro notwendig ist, um die europäische Integration voranzubringen, der weiß, auf wie viel Widerstand wir dabei gestoßen sind. Viele Deutsche hatten die Sorge, wir gäben die stabile D-Mark ab und bekämen dafür den weichen Euro. Die Argumentation damals – bitte vergessen Sie das nicht – lautete: Wir in Deutschland legen aufgrund unserer historischen Erfahrung einen gesteigerten Wert auf Stabilität. Demgegenüber gaben die anderen Länder in Europa, insbesondere im Mittelmeerbereich, dem Thema Stabilität bei weitem nicht diese Bedeutung. Es waren der Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel, die deshalb diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt erarbeitet und ihre Kollegen in den anderen Ländern davon überzeugt haben. Sie erinnern sich, begeistert waren die meisten nicht. Wir haben das sozusagen als Deutsche aufgrund unserer Erfahrung durchsetzen können.

(B) (Joachim Poß [SPD]: Stoiber war auch nicht begeistert!)

Der Pakt hat sich bewährt. Ich darf nur einmal auf das Jahr 2002 verweisen. In diesem Jahr haben acht der zwölf Euroländer im Wesentlichen ausgeglichene Haushalte vorgelegt. Eine traurige Tatsache der jüngsten deutschen Geschichte ist, dass die Nation, die diesen Pakt durchgesetzt hat, als erste am stärksten dagegen verstoßen hat

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist der Punkt!)

und dreimal nacheinander die Kriterien nicht eingehalten hat – das vierte Mal wird es voraussichtlich in diesem Jahr geschehen.

Bisher hat man uns immer gesagt – ich sage das mit allem Ernst –, man werde sich bemühen, wieder unter die 3-Prozent-Grenze zu kommen. Nun setzen sich plötzlich der Bundeskanzler und sein Finanzminister an die Spitze jener, die die Auffassung vertreten: Wenn wir die Regeln nicht einhalten können, dann wollen wir die Regeln ändern. Das ist mit Sicherheit der verkehrte Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich gibt es dafür Zustimmung aus Ländern wie Frankreich und Italien. Die hätten das damals gerne schon so gehabt – nur: Kohl hat aufgrund seines politischen Gewichts den Pakt gegen deren Vorstellungen durchsetzen können.

Dass unsere Argumente die Abgeordneten der Koalition nicht überzeugen, das kann ich noch einsehen und auch, dass Sie sich nicht davon beeindrucken lassen, dass mit Ausnahme einer überregionalen Zeitung alle Zeitungen sehr deutlich sagen: Lasst die Hände vom Stabilitätspakt. Was Sie aber nachdenklich stimmen müsste, ist der Tatbestand, dass sowohl die Deutsche Bundesbank, die nach wie vor eine hohe Autorität hat, als auch die Europäische Zentralbank und alle Kreditinstitute gestern noch einmal deutlich gesagt haben: Lasst die Hände vom Stabilitätspakt. Sie haben dabei davon gesprochen, dass von Ihrer Politik ein falsches Signal ausgeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend das vielleicht wichtigste Argument im Rahmen dieser Diskussion nennen: Die deutsche Bevölkerung ist verunsichert. Das hängt mit den Problemen auf dem Arbeitsmarkt und auch mit anderen Problemen zusammen, auf die ich hier nicht eingehen möchte.

(Joachim Poß [SPD]: Sie verunsichern die deutsche Bevölkerung!)

– Herr Kollege Poß, die Konsequenz ist Konsumzurückhaltung. Darin liegt einer der Gründe, warum die Wirtschaft in Deutschland nicht so läuft wie im Rest der Welt.

Ich sage Ihnen eines voraus: Wenn Sie jetzt das 3-Prozent-Kriterium aufweichen – die meisten Fachleute sagen, dass Ihre Pläne zu einer Abschaffung dieses Stabilitätskriteriums führen –, dann wird die Zurückhaltung der Deutschen in puncto Konsum noch größer werden. Sie tragen damit dazu bei, dass der notwendige Aufschwung und das notwendige Wirtschaftswachstum in Deutschland weiter verhindert werden. Denken Sie im Interesse der Zukunft unseres Landes über dieses Argument einfach noch einmal nach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Jörg-Otto Spiller, SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Euro ist die härteste Währung der Welt: im Innern so stabil wie einst die D-Mark und – ähnlich wie sie – auch nach außen stark und fest. Wir wollen und wir richten unsere Politik darauf aus, dass dies so bleibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Zone der Stabilität. Die jährliche Inflationsrate, gemessen am Anstieg der Lebenshaltungskosten in der Eurozone insgesamt, liegt seit Bestehen dieser Währung nahe 2 Prozent. Schon allein dieses hohe Maß an Stabilität ist ein sehr beachtlicher Erfolg.

Jörg-Otto Spiller

- (A) Aber noch besser steht Deutschland da. Innerhalb des Währungsgebietes gehört Deutschland regelmäßig zu den Ländern mit einer besonders niedrigen Inflationsrate. Auch der Vergleich mit den Zeiten vor der Euroeinführung ist Anlass zur Genugtuung. In den 80er- und 90er-Jahren war die Inflationsrate der Bundesrepublik im Schnitt höher als in den letzten fünf Jahren.

Die starke Stellung des Euro an den Devisenmärkten kann niemand leugnen. In manchen oberflächlichen oder leider auch bewusst irreführenden Kommentaren wird sie allerdings abfällig als bloßes Spiegelbild des schwachen US-Dollar hingestellt. Herr Kollege Bernhardt, Sie selbst haben das eben auch getan. Diese Deutung ist falsch.

(Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Das hat die Deutsche Bundesbank auch gestern noch einmal gesagt!)

– Das macht die Sache aber nicht besser.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist doch nicht zu glauben! – Zuruf des Abg. Otto Bernhardt [CDU/CSU])

– Herr Bernhardt, dieser Unfug, nämlich zu behaupten, dass die Stärke des Euro lediglich ein Spiegelbild der Dollarschwäche sei,

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Ist sie doch!)

wird nicht dadurch besser, dass Herr Dr. Stark, der Vizepräsident der Bundesbank, dieses gestern wider besseres Wissen verkündet hat.

- (B) (Widerspruch bei der CDU/CSU – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Herr Weber hat doch das Gleiche gesagt!)

Der Außenwert des Euro hat nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber allen international wichtigen Währungen zugenommen.

(Otto Bernhardt [CDU/CSU]: Herr Kollege Spiller, Sie überheben sich!)

Seit Einführung des Euro bargeldes am 1. Januar 2002 ist der Wechselkurs des Euro zum Schweizer Franken um gut 4 Prozent, zum britischen Pfund um 12 Prozent und zum japanischen Yen um 18 Prozent gestiegen. Der Unfug, den Herr Stark gestern von sich gegeben hat, entspricht nicht der Würde seines Amtes.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist kaum zu glauben!)

Warum ist der Euro nach innen und außen so stark? Das hat erstens ökonomische Gründe. Die Eurozone ist alles in allem ein sehr leistungsstarker und durch lebhaften Wettbewerb geprägter Wirtschaftsraum. Die ihm angehörenden Volkswirtschaften geben insgesamt nicht mehr aus, als sie einnehmen. In der Fachsprache der Ökonomen ausgedrückt heißt das: Anders als die USA verbucht die Eurozone kein Defizit, sondern einen ansehnlichen Überschuss in der Leistungsbilanz. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Deutschland seit 2002 zu der

einstigen außenwirtschaftlichen Stärke der alten Bundesrepublik zurückgefunden hat. Nach einer zehnjährigen Defizitphase in unserer Leistungsbilanz erwirtschaftet Deutschland wieder stolze Überschüsse gegenüber dem Rest der Welt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund, weshalb die Währung so stark ist, sind kluge institutionelle Entscheidungen bei der Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion. Nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank ist die Europäische Zentralbank zur Hüterin der Währung eingesetzt worden: mit dem besonderen Status, unabhängig von Regierungen und Parlamenten zu sein, der Geldwertstabilität besonders verpflichtet und mit dem ausdrücklichen Verbot, öffentliche Defizite zu finanzieren. Dies ist der Hauptgrund für die Stabilität.

Dann gibt es ergänzend dazu die Verabredung: Wir werden die öffentlichen Haushalte nur in überschaubaren Grenzen defizitär gestalten, damit es die Zentralbank nicht so schwer hat.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Dagegen verstoßen Sie systematisch!)

Dies ist eine Ergänzung. Wenn man jetzt so tut, als sei das der Schlüssel, ist das eine Verkennung der Tatsachen.

(Joachim Poß [SPD]: Richtig!)

Herr Pinkwart, liebe Kollegen von der Union, hinzu kommt: Ihre Politik ist nicht stimmig. Das war das Hauptergebnis der gestrigen Anhörung. Sie haben von den Sachverständigen zunächst einmal bescheinigt bekommen, dass Ihre Steuerkonzepte zweistellige Milliardenlöcher in die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden reißen würden. (D)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Und die Wachstumseffekte?)

Dann wurde Ihnen bescheinigt, dass Ihr Lippenbekenntnis zu einer strikten, mechanistischen Einhaltung

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Und die volkswirtschaftlichen Vorteile?)

des Stabilitäts- und Wachstumspaktes –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, es tut mir Leid, aber auch Sie haben nur fünf Minuten.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Die hat er schon lange überzogen!)

Jörg-Otto Spiller (SPD):

– überhaupt nicht zu Ihrer Finanzpolitik passt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der ehrenwerte Herr Stark sollte sich vielleicht einmal daran erinnern, wie hoch die gesamtstaatlichen Defizite waren, –

- (A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Jörg-Otto Spiller (SPD):

– als er noch der Finanzmarktrambo von Herrn Waigel war. Sie lagen zwischen 4 und 3,5 Prozent.

- Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen!

Jörg-Otto Spiller (SPD):

Das war in der Zeit, als Herr Stark Mitverantwortung für die Finanzpolitik der Bundesregierung hatte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Nächster Redner ist der Kollege Steffen Kampeter,
CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Der Redner der SPD hat es für nötig befunden, sich hier in diesem Hause in herablassender Art und Weise über die Repräsentanten der Bundesbank zu äußern.

(Jörg-Otto Spiller [SPD]: Über einen, nämlich
über Herrn Stark!)

- (B) Ich kann Ihren Ärger, Herr Kollege Spiller, verstehen; denn einer der zentralen Unterschiede zwischen der Union und der SPD ist: Wir wollen eine unabhängige Bundesbank und eine unabhängige Europäische Zentralbank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Sie wollen, dass die Bundesbank und die Europäische Zentralbank Ihre falsche Wirtschaftspolitik beispielsweise über eine expansive Zinspolitik finanzieren, die die Menschen in Europa mit Inflation bezahlen werden. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir brauchen unabhängige Zentralbanken und keine gleichgeschalteten Institutionen im Rahmen der Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will an dieser Stelle auf ein Missverständnis in den Redebeiträgen der rot-grünen Koalition hinweisen. Wer dieser Debatte folgt, könnte den falschen Eindruck gewinnen, dass im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt davon ausgegangen wird, dass man jedes Jahr ungestraft bis zu 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes Schulden machen kann. Wenn wir in Deutschland diese Entwicklung zulassen würden, wären wir schon binnen weniger Jahre bei einem Schuldenstand, der ungefähr 100 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes entspricht. Tatsache ist, dass nach dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgeglichene Haushalte und Überschusshaushalte die Regel der Finanzpolitik sein sollten.

- Flexibilität – die braucht man in der Finanzpolitik – wird durch die Möglichkeit der Verschuldung bis zu einer Größenordnung von 3 Prozent, bezogen auf die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes, gewährt. (C)

Es ist natürlich eine völlig andere Lage, wenn man davon ausgeht, dass man Schulden von mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes machen darf und hier sagt: Vielleicht können wir auch Schulden in Höhe von 7 oder 8 Prozent machen, auch wenn die Grenze eigentlich bei 3 Prozent liegt.

(Joachim Poß [SPD]: Wer sagt das denn?)

– Sie haben heute Vorschläge vorgetragen, die in der Konsequenz darauf hinauslaufen, dass wir eher bei einer Regelverschuldung in Höhe von 7 bis 8 Prozent als bei der Ausnahmeverschuldung in Höhe von 3 Prozent, jeweils gemessen am Bruttosozialprodukt, landen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen gefährden alle Vorschläge, die darauf abzielen, dass da, wo 3 Prozent draufsteht, aber keine 3 Prozent, sondern viel mehr drin sind, die Stabilität unserer Währung. Sie führen zu Inflation und werden von uns entschlossen abgelehnt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nachhaltige Finanzpolitik zielt im Kern darauf ab, insbesondere die nachfolgenden Generationen davor zu schützen, dass sie über Zins- und Zinseszinszahlungen in ihren politischen Handlungsfähigkeiten eingeschränkt werden. Die gestrigen Anhörungen haben deutlich gemacht, dass die Konsolidierung des Haushalts bei einer fast sozialistischen Staatsquote von fast 50 Prozent (D)

(Lachen bei der SPD)

– der Staat nimmt dem Bürger von jedem Euro erst einmal 50 Cent weg – nicht auf der Einnahmeseite über höhere Steuern, sondern auf der Ausgabenseite ansetzen muss. Dies ist die Kernaussage des europäischen Stabilitätspakts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der FDP)

Deswegen sind die Unterschiede heute klar und deutlich geworden: Auf der einen Seite befinden sich Union und FDP, die für eine regelgebundene Finanzpolitik stehen, und auf der anderen Seite die Weichspüler von Rot-Grün, die für Inflation und Schuldenexplosion stehen. Um diese klare Alternative geht es heute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bürger in diesem Land wissen, dass Schulden nicht der Ausweg aus einer finanzpolitischen Krise sind. Schulden sind vielmehr die zentrale Ursache für die Fehlentwicklung in den vergangenen Jahren. Wenn Sie einen Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus werfen, werden Sie feststellen, dass diejenigen Länder, die sich sparsam verhalten haben, in ihrer Volkswirtschaft höhere Wachstumsraten haben. Damit haben sie geringere volkswirtschaftliche Probleme und mehr Wohlstand für ihre Bürger. Diejenigen, die in die Schuldenkiste ge-

Steffen Kampeter

- (A) griffen haben, haben schlechtere Wachstumsraten und niedrigeren Wohlstand für ihre Bevölkerung. Daher ist es völlig klar, dass wir für den europäischen Stabilitätspakt und gegen die Weichspülerei von Rot-Grün antreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Abschließend ein Hinweis: Es sind nicht nur protokollarische Gründe dafür verantwortlich, dass heute kein Vertreter des Bundeskanzleramtes anwesend ist.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das Bundeskanzleramt ist hier vertreten!)

– Nein, er ist inzwischen ins Auswärtige Amt abgeschoben, Herr Kollege.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Ach, Herr Schwanitz; Sie habe ich beim europäischen Stabilitätspakt noch nie als einen besonders kompetenten Vertreter wahrgenommen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

(Joachim Poß [SPD]: Aufgeblasener Ker!!)

Die Vorschläge des Bundeskanzlers in der „Financial Times“ gehen weit über das hinaus, was die EU-Kommission gestern dem Deutschen Bundestag vorgelegt hat. Sie gehen an den Kern des europäischen Stabilitätspaktes und verhindern, dass er in dem hier beschriebenen Sinne noch eine Zukunft hat.

(Joachim Poß [SPD]: Von nichts Ahnung, aber große Schnauze!)

- (B) Das ist ein Totalangriff. Es besteht ein fundamentaler Gegensatz zwischen der Position, die heute teilweise vorgetragen worden ist und die schön klingt, und der Position des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der seinerzeit nicht für die Europäische Währungsunion gestimmt hat.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist überschritten.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Gerhard Schröder möchte jetzt den europäischen Stabilitätspakt kippen. Wir werden dies nicht durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Neue
Brille, kein Durchblick!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde ist der Kollege Walter Schöler, SPD-Fraktion.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt gibt es ja noch ein rhetorisches Feuerwerk!)

Walter Schöler (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im vorigen Jahr der Vorgänger des jetzigen Bundesbankpräsidenten vorgetragen hat, Erlöse aus dem Goldverkauf für eine Stiftung „Bildung“ zu verwenden, war es der Kollege Kampeter, der vehement widersprochen

hat. Er sagte damals, es könne nicht Aufgabe der Bundesbank sein, über die Verwendung von Erlösen zu entscheiden. Nur so viel zur Unabhängigkeit der Bundesbank aus Ihrer Sicht, Kollege Kampeter!

(Beifall bei der SPD)

Nachdem in den letzten Tagen auch vom Statistischen Bundesamt verbreitet wurde, das Staatsdefizit des Jahres 2004 liege bei 3,9 Prozent, lassen Sie mich eines klarstellen: Bevor man solche Ergebnisse veröffentlicht, sollte man den Jahresabschluss abwarten. Mit dem günstigeren Jahresabschluss werden wir die Marke des Jahres 2003 von 3,8 Prozent verbessern und wohl bei 3,6 und nicht bei 3,9 Prozent landen.

Gleichwohl sage ich Ihnen: Dieses Staatsdefizit ist uns immer noch zu hoch. Wir haben die Marke von 3 Prozent einzuhalten; dies ist in 2004 verfehlt worden. Das gefällt uns nicht, aber Herr Kollege Poß hat gerade schon gesagt, dass die Opposition daran, dass wir diese Marke verfehlt haben, ein hohes Maß an Schuld trägt, da sie durch ihre Blockadepolitik beim Haushaltsbegleitgesetz 2004 und beim Steuervergünstigungsabbaugesetz mögliche Einnahmeverbesserungen verhindert hat. Damit haben Sie Deutschland nachhaltig geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie sich anders verhalten, läge das Defizit in 2005 wahrscheinlich deutlich unter 3 Prozent; denn dies wirkt über mehrere Jahre. Das trifft den Bund, die Länder und die Gemeinden gleichermaßen. Hätten Sie mit Ihrer Klientelpolitik nicht immer Nein gesagt, stünden wir heute sicherlich ein ganzes Stück besser da.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Wer hat denn die Kohlesubventionen verlängert? Das waren doch Sie!)

Das ist im Übrigen, Herr Professor Pinkwart, auch die Meinung des Sachverständigenrates. Er hat Ihr Verhalten nämlich sehr harsch kritisiert.

Nun wollen Sie den Bürgern weismachen, Kanzler und Finanzminister wollten das 3-Prozent-Stoppchild der EU beiseite räumen, um die Neuverschuldung hochtreiben zu können. Das ist absoluter Blödsinn.

Nun war der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Herr Austermann, heute äußerst moderat und staatstragend

(Joachim Poß [SPD]: Das hat Herr Hintze heute übernommen!)

und den Kollegen Kampeter und Hintze seine übliche Rolle überlassen. Er hat sich aber in der ihm eigenen, fundamentalistischen Kampfrhetorik noch kürzlich dazu verstiegen, Minister Eichel als Totengräber des Paktes zu bezeichnen. Totengräber ist ja noch ein hochanständiger Beruf. Sie aber haben durch Ihre Blockadepolitik dazu beigetragen, dass die Marke dieses Paktes gerissen wurde.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Ja, zu Boden gerissen! Von Ihnen!)

Dennoch wird er nicht sterben.

Walter Schöler

(A) Herr Hintze, Sie haben zum Schluss gesagt: Kehret um! Sie haben vergessen zu sagen: Tut Buße! Sie werden dies demnächst als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer tun. Wenn man demnächst jahrelang Frau Merkel als Oppositionsführerin dienen muss, ist das genug Buße. Das billige ich Ihnen durchaus zu.

Der Kollege Austermann hat im Zusammenhang mit dem Pakt vom Totengräber und sogar vom Vaterlandsverräter gesprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist wieder eine niederrheinische Büttendrede!)

Herr Kollege Austermann, Sie waren schon immer sehr eigenwillig in Ihrer Wortwahl. In Ihren Prognosen aber haben Sie sich in den letzten Jahren erheblich vertan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch im Oktober sprachen Sie von einer Neuverschuldung in Höhe von 53,4 Milliarden Euro. Es waren nicht einmal 40 Milliarden Euro. Damit bleibt die Opposition und mit ihr Theo Waigel der größte Schuldenmacher aller Zeiten. Das ist Ihre Rolle. Sie haben in den letzten sechs Jahren Ihrer Regierungszeit die Verschuldung – das ist eben unwahr dargestellt worden – um 303 Milliarden Euro gesteigert, wir dagegen in den letzten sechs Jahren gerade einmal um die Hälfte.

Ich sage Ihnen: Wir wollen den Pakt nicht aufweichen. Nein, kein Jota soll an diesem Vertrag geändert werden; das ist eben noch einmal deutlich geworden. Das ist auch Inhalt der europäischen Verfassung, der wir zustimmen werden. Aber es geht darum, dass der Beurteilungs- und Ermessensspielraum, den der Pakt heute bereits beinhaltet, von der EU sachgerecht zugrunde gelegt wird, und zwar nicht als rigider Automatismus, wie Sie es wollen und wie ihn die Kommission fast schon einmal angewendet hätte, sondern unter Berücksichtigung der entsprechenden Sachverhalte.

Es ist ja schon bezeichnend, dass der Kollege Austermann gestern im Haushaltsausschuss – das ist ja kein Geheimnis – verlangt hat, man möge noch einmal den Text des Paktes verteilen. Ich würde Ihnen raten, den Vertrag aus Ihrem Bücherschrank zu holen, ihn noch einmal zu lesen und erst dann zu schwätzen – oder besser noch: zu schweigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen zu diesem Pakt. Er heißt aber mit Bedacht Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege!

Walter Schöler (SPD):

Das zweite Ziel dieses Paktes, Wachstum, soll und muss gleichberechtigt neben das Stabilitätsziel treten. Nichts anderes ist unser Anliegen. Wir wollen den Pakt in Zukunft einhalten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da bleibt einem die Spucke weg!)

(C) Aber wenn Strafen drohen, muss sachgerecht abgewogen werden, was der Staat getan hat, um die Ziele zu verwirklichen, und welche Lasten er zu tragen hat.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten.

Walter Schöler (SPD):

Wenn dies berücksichtigt wird, dann sind wir gemeinsam mit allen europäischen Staaten auf einem guten Wege.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.